

t.022.1(1) - WM/lei  
t.121.2

Den 25. September 1978

Kommission für Entwicklungszusammenarbeit

Einige Bemerkungen zur schweiz. Entwicklungszusammenarbeit

im Zeichen des Personalstopps

Ich möchte Ihnen hier nur einige kurze Hinweise auf Probleme geben, die sich im Zusammenhang mit dem andauernden Personalstopp für die DEH ergeben.

1. Die Aufgaben haben zugenommen:

- in der Konzeption der EZ
- in der Vertretung dieser Konzeption gegen aussen (internationale Organisationen und Konferenzen) und gegen innen (Oeffentlichkeitsarbeit)
- in der Ausführung der vom Parlament bewilligten Massnahmen (einerseits durch die höhern zur Verfügung stehenden Mittel, andererseits durch die gestiegenen Anforderungen an die Qualität der Arbeit von Seiten der Entwicklungsländer, insbesondere durch die Ausrichtung auf die schwierigeren Bereiche der Förderung der ärmeren Bevölkerungsschichten).

2. Ein Vergleich 1973-1978 anhand der bilateralen Auszahlungen

Ich möchte Ihnen hier einige Zahlen aus dem bilateralen Bereich unserer Tätigkeit, wo sich die erhöhte Leistung am besten zeigen lässt, angeben:

Auszahlungen in Mio.Fr.	1973	1974	1975	1976	1977	1978
bilaterale TZ	57.0	56.9	65.5	80.2	83.7	91.0
bilaterale Finanzhilfe DEH	2.7	7.0	4.8	2.5	17.0	38.5
total bilateral	59.7	63.9	70.3	82.7	100.7	129.5

./.



Dabei ist der Personalbestand der DEH in Bern in den 5 Jahren (1973-78) praktisch stationär geblieben; es erfolgte eine Erhöhung von 99,5 auf 102 Einheiten. Das bedeutet rein quantitativ eine Verdoppelung der Auszahlungen pro Mitarbeiter. Dazu kommen gestiegene qualitative Anforderungen:

- nach dem Bundesgesetz über EZ stärkere Priorität für die ärmeren Länder und Bevölkerungsgruppen und für die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung.
- höhere fachliche Anforderungen in Entwicklungsländern und zur Lösung komplexerer Probleme.

Effektiv ist die Mehrbelastung der Zentrale bedeutend grösser als in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, denn es sind ja heute bereits die Projekte vorzubereiten, die erst in den Jahren 1979-1982 zu Auszahlungen führen. Andererseits sind sehr viele Projektvorschläge zu prüfen, die nie zu Auszahlungen führen.

### 3. Folgen, - sofern der Personalbestand nicht erhöht werden könnte

Es ist klar, dass in erster Linie alle mögliche Rationalisierungsmaßnahmen getroffen werden müssen. (Dazu gehören u.a. die Aufhebung arbeitsintensiver Programme, die Uebergabe von Projekten an Regieorganisationen, der Uebergang zu Programmkrediten, die Ver-einfachung von Kontrollmassnahmen.)

- Die Qualität der Arbeit sinkt (wir haben viele Beispiele dazu und Mitarbeiter die von aussen kommen, stellen fest, dass die Zahl der zu behandelnden Fälle zu gross ist, um noch sorgfältige Arbeit zu leisten).
- Weitere Erhöhung des multilateralen Anteils an der schweiz. EZ (im Gegensatz zu den Forderungen nach der IDA-Abstimmung und trotz dem Umstand, dass die Schweiz unter den DAC-Ländern heute schon prozentual am meisten multilaterale Hilfe gewährt).
- Erhöhung der bilateralen Finanzhilfe im Verhältnis zur Technischen Zusammenarbeit (viele Bürger verstünden aber nicht leicht warum der Bund Geld für "Millionengeschenke" ans Ausland hat, nicht aber für kleinere, gezielte Massnahmen, die von Schweizern vorgeschlagen werden).
- Verstärkte Ablehnung aller arbeitsintensiven Aufgaben.  
Es sind aber meist gerade diese Art Projekte, die dazu beitragen können, wichtige Engpässe in EL zu überwinden (z.B. integrierte Projekte, Schaffung von arbeitsintensiven Alternativen zu vorhandenen Technologien, Kreation von Arbeitsplätzen, angepasste Formen der Ausbildung und insbesondere Aufgaben, die für unser Land auch langfristig interessant sind: wie den verstärkten Einbezug von Ingenieurbüros in die Bearbeitung von Entwicklungsprojekten).

#### 4. Konklusionen

Die oben genannten Ausweichmöglichkeiten angesichts des weiter bestehenden Personalstopps sind keine wirklichen, vor allem keine akzeptablen Alternativen. Ganz besonders kann auch die dringend nötige vertiefte Oeffentlichkeitsarbeit bei Befolgung der obigen Auswege kaum wirksam Früchte tragen.

Wenn wir mehr als 0,20 % des BSP an öffentlicher Hilfe sinnvoll und wirksam ausgeben wollen, so ist - wie in irgend einem anderen Unternehmen - eine gewisse Erhöhung des Personalbestandes einfach nicht zu umgehen.

Wir werden, gemeinsam mit der Verwaltungsdirektion des EPD, daher unsere Vorschläge nächstens beim Personalamt besprechen.

(R. Wilhelm)